

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/60

Hannover, 29. Juli 1947  
Telefon: 20951

## Nach Frankfurt

H.K. Wie wird sich die Sozialdemokratie künftig in Frankfurt verhalten, nachdem sie in die Opposition gegangen ist, ist die Frage, die überall interessiert. Die Antwort erscheint umso dringender notwendig, nachdem die CDU durch die Durchsetzung ihrer Forderung auf Wirtschaftsführung erreicht hat, daß sie für diesen Teil der bizonalen Einrichtungen, d.h. also praktisch für die bizonale Wirtschaftsregierung, soweit sie in deutschen Händen liegt, allein die volle Verantwortung zu tragen hat. Damit ist der Zustand wieder hergestellt, der in der Zeit des Vorgängers von Dr. Agaritz, des Herrn Dr. Müller, herrschte und der sich ganz gewiß nicht segensreich für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt hat.

Nun ist es eine alte sozialdemokratische Forderung, daß für die Lösung solcher Aufgaben, die nur zentral angepackt werden können, auch zentrale Stellen geschaffen werden müssen. Es ist ebenfalls eine alte sozialdemokratische Forderung, daß diese zentralen Stellen unter einer parlamentarischen Kontrolle zu bringen sind. Durch die Frankfurter Einrichtungen der bizonalen Direktionen und des Wirtschaftsrates sind diese beiden Forderungen ohne Zweifel in einem gewissen Umfange erfüllt. Deshalb bedarf es eigentlich keines besonderen Hinweises darauf, daß die SPD mit ihren besten Kräften bemüht sein wird, diesen Apparat auch zum Funktionieren zu bringen. Andererseits haben die Sozialdemo-

knoten im Augenblick keinerlei direkten Einfluß auf die zentrale Wirtschaftsverwaltung, wobei man durchaus einen gewissen Nachdruck auf dies "im Augenblick" legen kann, wenn man daran denkt, daß Dr. Schumacher soeben davon gesprochen hat, daß die Frankfurter Entscheidung für die Sozialdemokratie ein Provisorium in einer Kette von Provisorien sei.

Es ist aber notwendig, zwischen der formalen und der politischen Seite der Angelegenheit zu unterscheiden. Die Sozialdemokratie ist nach der jetzt erfolgten Berichtigung der Zahl der Abgeordneten numerisch ebenso stark wie die CDU, aber durch die Verteilung der Sitze innerhalb der Ländergrenzen entspricht auch die heutige tatsächliche Zusammensetzung des Wirtschaftsrates den effektiven Wahlergebnissen, wenn man sie über die Ländergrenzen hinweg für beide Zonen zusammenhält, nicht, und noch weniger tut sie es nach fester sozialdemokratischer Überzeugung, wenn man die Veränderungen im Stimmungsabild der Wähler berücksichtigt wollte, die sich seit den letzten Wahlen ergeben haben.

Aufgabe des Wirtschaftsrates wird es sein, durch klare Anweisungen und Gesetze die bizonalen Ämter wirksam werden zu lassen. Die Sozialdemokraten sind im Rahmen der Arbeiten des Wirtschaftsrates entschlossen, klar herauszustellen, was jetzt unmittelbar unumgänglich notwendig ist, zu sagen, was zu tun ist, damit das deutsche Volk zunächst im kommenden Winter und dann überhaupt das gegenwärtige Wirtschaftchaos überwinden kann. Dabei wird man sich auf die lebenswichtigsten Aufgaben konzentrieren müssen. Man wird zweckdienliche eigene Anträge einbringen und es dem Bürgerblock überlassen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn diese Vorschläge abgelehnt werden sollten. Die Sozialdemokraten werden in Frankfurt jede Maßnahme der Rechtsmehrheit und ihrer beauftragten "Fachmänner" in den Ämtern genau unter die Lupe nehmen und vor allen Dingen werden sie dem deutschen Volk, das heute um sein Leben bangt, einfach weil es fürchtet, es müsse langsam verhungern, und das verzweifelt versucht, nicht vor die Hunde zu gehen, in jeder Frage die volle Wahrheit sagen und schonungslos die wirklichen Zusammenhänge aufdecken, sowie ein Bestreben sichtbar werden sollte, sie zu verschleiern.

Ganz falsch wäre es, zu glauben, die Sozialdemokraten hätten die Absicht, sich in einen Schmalwinkel zurückzuziehen und sich auf eine Politik unfruchtbarer Obstruktion zu beschränken. Positiv und nach vorneweisend wird die Arbeit der SPD gerade auch in der Opposition sein. So wird sie gegen jeden Versuch eingestellt sein, aus den Trümmern der Welt von gestern diese gestrige Welt noch einmal notdürftig zusammenzuflicken. Sie wird vielmehr alles daran setzen, zu erreichen, daß aus diesen Wegen etwas Neues entsteht. Dabei ist sicher, daß diese Notwendigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet besonders dringlich ist. Ebenso sicher ist, daß bei diesem Unternehmen nicht die Kräfte maßgebend sein sollten, deren Versagen durch die Vergangenheit erwiesen ist. Leider sind sie heute zunächst wieder an der Spitze. Diese Kräfte, die den eigenen Verdienst über das Interesse der eigentlich Arbeitenden und Verdienenden, zumeist recht schlecht Verdienenden, stellen. Zu geschlossener Wirkung kann eine deutsche Aufbauarbeit erst dann kommen, wenn die Gesichtspunkte bestimmend sind, die den großen entscheidenden Teil der Arbeit leisten und nicht die dünne Schicht privatkapitalistischer Unternehmer und spekulierender Disponenten.

Der Vorwurf, der vereinzelt der SPD gegenüber erhoben wird, die CDU habe schließlich jetzt nur erreicht, was die SPD angeblich angestrebt habe, trifft voll daneben. Denn bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft geht es eben nicht um die Durchsetzung des einen oder

anderen Parteiprinzip, sondern darum, ob man sich zum Vorrang der Interessen und Wünsche des ganz überwiegenden Teiles des deutschen Volkes oder zu dem Geltungsprimat einer zahlenmäßig verschwindend kleinen Gruppe von Leuten bekennen will, die in Deutschland bisher leider immer bestimmenden Einfluß gehabt haben und die es aus begreiflichen Gründen unerträglich finden, darauf künftig verzichten zu sollen.

†  
 "Die Neue Zeitung" in München, das Organ der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, also eine Zeitung, die gewiß besonders herzlich und einseitiger Sympathie für die SPD unverdächtig ist, spricht in einem Kommentar zu den Frankfurter Ereignissen von einem "peinlichen Ergebnis eines absolut von CSU/CDU beherrschter fünfköpfigen Direktoriums", von einem "düsteren Beitrag zur deutlicheren Abzeichnung der politischen Fronten"; von einem "etwas nach Totalität riechenden direktorialen Aufbau" und berichtet die bezeichnende Einzelheit, daß der bayrische Ernährungsminister Dr. Baumgartner den ihm zugeordneten Posten im Frankfurter Direktorium ausschlug, weil die Sozialdemokraten aus diesem Gremium ausgeschaltet wurden.

Wörtlich heißt es dann: "Hätten die Christlich-Sozialen das Bedürfnis gehabt, sich deutlich als Rechts abstempeln zu lassen, so hätten sie das nicht wirkungsvoller tun können als durch ihren letzten Schachzug in Frankfurt". An anderer Stelle ist von dem neuen Direktorium die Rede, "das aus Männern besteht, deren keiner besondere fachliche Qualität zu besitzen scheint, um dadurch den unglücklichen Gesamteindruck zu mildern. . . Die Sozialdemokraten haben in Frankfurt gewiß kein volles Maß an statesmanship an den Tag gelegt. Das Untermaß auf christlich-sozialer Seite dort war augenscheinlicher".

#### Krisenstimmung in England

Dunkle Wolken ballen sich über England zusammen. Die seit Monaten angespannte Wirtschaftslage Englands hat sich neuerdings in einem wahrhaft alarmierenden Tempo zugespitzt und das Wort "Krise" steht drohend und riesengroß am Horizont. Nichts ist vielleicht kennzeichnender für den Ernst der Situation als die Tatsache, daß just am gleichen Tage, an dem sich der Antritt der Labour-Regierung zum zweitenmale jährte, das gefährliche und erschreckende Wort "Staatsbankrott" erstmals aus offiziellem Munde fiel und nicht minder illustrativ ist es, daß zur gleichen Stunde, da Erzenzlerminister Shinwell in Ramsgate die Erhöhung der Kohlenförderung als die eiländige Rettung vor dem finanziellen Zusammenbruch bezeichnete, in Swansea das erste Schiff mit amerikanischer Kohle einlief, die Englands Industrie mit in Gang halten soll.

Verständlich-erhehlich ist diese Verschärfung der Situation nicht ohne Rückwirkungen auf das Kabinett Attlee selbst geblieben. Man hat zwar bisher mit Erfolg nach außen hin den Anschein gewahrt, als sei alles in bester Ordnung und als herrsche zwischen den einzelnen Kabinettsmitgliedern völlige Harmonie und Übereinstimmung in allen Fragen, aber eingeweihte Kreise glauben sagen zu können, daß es zwischen jener Gruppe innerhalb der Regierung, die die konsequente Durchführung des sozialistischen Wahlprogrammes unter allen Umständen fordert und jener anderen, die gegen weitere "Experimente" eingestellt ist, in letzter Zeit zu erheblichen Spannungen gekommen ist. Clement Attlee habe dieser Tage sogar mit seinem Rücktritt gedroht, wenn seine Ministerkollegen sich nicht entschließen könnten, größeren Realitätsinn und statesmännische Haltung zu offenbaren. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich vor allem auf die Frage der Verstaatlichung der Stahlindustrie, in der Attlee selbst für eine Vertagung eintreten soll, bis die jetzige Krise

beheben ist.

Es gilt vor allem, die Lücke zu überwinden, die sich zwischen der Erschöpfung der Dollarleihe und dem Inkrafttreten des Marshall-Plans, der nicht vor März 1948 zu erwarten ist, auftun wird und die sich auf rund drei Monate erstrecken dürfte. Ihre Schließung wird sich nur durch drastische Maßnahmen verwirklichen lassen. Dazu dürfte eine beträchtliche Kürzung der Lebensmittelrationen, vor allem aber der eingeführten Fleischmengen, gehören, ferner die Streichung jeglicher Zuteilung von Benzin für Vergnügungsfahrten, das Verbot von Auslandsreisen mit Ausnahme von Geschäftsreisen, Beschränkungen in der Einfuhr von amerikanischen Filmen, die Herabsetzung der Verpflichtungen in Übersee, besonders in Deutschland und schließlich ein dringender Appell an die Bergarbeiter, freiwillig länger zu arbeiten. Die Labour Party läuft zweifellos mit der Durchführung dieser Maßnahmen Gefahr, vorübergehend an Popularität, beim englischen Volk einzubüßen - aber das englische Volk hat, wie "Reynold News" bemerkt, das Vertrauen zu seiner Regierung und weiß, daß sich diese Labour-Regierung als einzige unserer Geschichte ehrlich bemüht, den breiten Massen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nur der Verdacht, daß die von ihm gewählten Führer sich treiben lassen, und keine Ahnung haben, wie man den Lauf der Ereignisse zu dirigieren vermag, könnte ihr Vertrauen zerstören."

(b/B65/297/hs)

### Der Weg André Malraux'

#### Von Lenin zu de Gaulle

'Les extrêmes se touchent', sagt ein französisches Sprichwort, das auch zum Ausdruck bringen will, daß oft genug gerade die Anhänger äußerst extremer politischer Anschauungen gar nicht so sehr weit von einander entfernt sind.

André Malraux, Sohn eines süfranzösischen Kaufmanns, ging als junger Archäologe schon zu Beginn der zwanziger Jahre nach Indochina, von dort nach Kanton, wo er stark in den Bann der kommunistisch-weltrevolutionären Doktrin geriet. Unter dem Einfluß der Lehren Lenins schloß er sich sogar jenem berühmten Zwölf-Männer-Kollegium von Kanton an, das die chinesische Revolution der damals stark kommunistisch angehauchten Kuomintang unterstützte und international propagierte. Nach Europa heimgekehrt, geriet der inzwischen rasch bekannt gewordene Schriftsteller in die Wirren des spanischen Bürgerkrieges, wobei er sich in Wort und Tat den internationalen Brigaden anschloß. Seine berühmtesten Romane 'La tentation de l'occident', 'Les conquérants' und 'La voie royale' verraten ausgesprochen kommunistisch-revolutionäre Tendenzen.

Langsam aber kam es zum Bruch dieses ausgesprochenen Individualisten mit der Dritten Internationale, da er wiederholt sich den Befehlen Moskaus widersetzte und mit der Parteidisziplin in Widerspruch geriet. Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 war für Malraux das Signal zum offenen Bruch mit den Kommunisten. Die tiefe Enttäuschung, die er durch den Kommunismus erfahren hat, und der auch andere große französische Denker (André Gide) Ausdruck verleihen haben, hat André Malraux, der mit seinem Hauptwerk 'La lutte avec l'ange' während der Zeit der deutschen Besatzung geradezu zu einem Velden der französischen Widerstandsbewegung geworden war, nun in das andere Extrem gedrängt. Seit einigen Wochen finden wir ihn als glühenden Propagandisten der neuen politischen Bewegung de Gaulles, und er muß sich von seinen einstigen Freunden geradezu faschistischer Gedankengänge beschuldigen lassen. Wie sagt das französische Sprichwort? Les extrêmes se touchent... -er-

Indonesische Hintergründe  
 von unserem holländischen Korrespondenten

v.S. Amsterdam, Mitte Juli 47

Der Beitrag wurde in Amsterdam vor dem Ausbruch der offenen Feindseligkeiten in Niederländisch-Indien abgesandt. Er gibt den Vorgängen eine interessante politische Deutung und weist Zusammenhänge auf, die bisher in der deutschen Presse noch kaum dargestellt wurden.  
 Die Redaktion

Über die kommunistische Arbeit und Agitation in der Republik Indonesien ist in der Öffentlichkeit bisher nur selten und höchstens in Andeutungen die Rede gewesen. Obwohl die Hand Moskaus schon wiederholt an der Haltung der linken republikanischen Parteigruppierungen (des sogenannten "linken Flügels") spürbar wurde, hat man sich von holländischer und auch von englischer und amerikanischer Seite aus naheliegenden Gründen gescheut, der kommunistischen Mätharbeit zuviel Aufmerksamkeit zu widmen. Man glaubte wohl auch, daß das größtenteils mohamedanische Land ohnehin kein unbedingt günstiger Boden für die Durchführung eines historisch-materialistischen Systems sei, das mit den Lehren des Korans nicht zu vereinbaren ist. Ferner kennt Indonesien kaum einen Großgrundbesitz, der unter den kleinen Bauern verteilt werden könnte, und schließlich gibt es keine mächtigen Industriearbeiter-Organisationen, in deren Mitte sich extremistische Herde bilden könnten.

In der Praxis zeigt es sich jedoch, daß eine analphabetische Masse, deren nationale Leidenschaften geweckt sind, allen patriotisch gefärbten Losungen willig Gehör schenkt und sich leicht durch noch so vage Versprechungen irreführen läßt. Ein anti-westliches Empfinden, schon von den Japanern angeregt, kann leicht zu einer antikapitalistischen Einstellung umgebogen werden, mögen auch Kapitalismus und Kommunismus für den Einzelnen völlig leere Begriffe sein. In Moskau geht die soziale Revolution bekanntlich mit einem leidenschaftlichen nationalen Erwachen Hand in Hand. Dasselbe ist auch überall sonst in der Welt zu beobachten, wo ein junger Nationalismus der kommunistischen Weltrevolution dienstbar gemacht werden kann. Die jüngsten Vorgänge in Indonesien, Viet Nam, Burma, Malakka oder China sowie in den osteuropäischen Ländern bestätigen nur die Regel.

Neuerdings erinnern führende holländische Blätter, vor allem die große Amsterdamer Tageszeitung "Algemeen Handelsblad" daran, daß unmittelbar nach der japanischen Kapitulation (als man in Indonesien einen Augenblick lang glaubte, das Heft bereits in der Hand zu haben, und die russische Weltpropaganda die Meinung verbreitete, als ob Rußland und nicht England und Amerika den Krieg gewonnen hätten) die kommunistische Propaganda in Indonesien ganz offen zutage trat, womit unter anderem die Namen des heutigen indonesischen Verteidigungsministers Amir Sjarifoedin und des Moskauer Bandits Alim (des Gründers der kommunistischen Partei in Indonesien in den zwanziger Jahren) verbunden sind. Damals waren rote Fahnen und das Emblem von Hammer und Sichel ein gewohnter Anblick in Indonesien.

Als jedoch die inneren und äußeren Schwierigkeiten zunahmen und man sich gezwungen sah, auch in der kapitalistischen Welt Sympathien und Unterstützung zu finden, erschien es geboten, die Taktik zu ändern. Die im Oktober 1945 wieder ins Leben gerufene kommunistische Partei

(P.K.I.) stützt die Regierung Sjahrir und hat auch das Linggadjati-Abkommen offiziell akzeptiert. Sie hat sich mit Sjahrirs 'Partai Socialis', der Pesindo (Junge Sozialisten) und der Partai Bursoeh Indonesia (Arbeiterpartei) zu dem sogenannten "linken Flügel" zusammengeschlossen, der erst kürzlich vom Vizepräsidenten der Republik, Mohamed Hatta, besonders herzlich begrüßt wurde. Hier wird unter Führung von Alimin (der sich von 1933 bis 1945 in Moskau befand) ein starker kommunistischer Einfluß ausgeübt, obwohl man sich nach außen hin möglichst zurückhaltend zeigt, um, wie es heißt, "für den weiteren Kampf Atem zu holen". In diesem Zusammenhang ist Alimins Ausspruch "Atemholen bedeutet kein Stillsitzen" ebenso bezeichnend wie seine Erklärung in einem Presse-Interview vom 5. April 1947: "Unser Kampf muß nach außen hin wie ein Kampf der Partai Nasional Indonesia (der extremen Nationalisten) erscheinen, in Wirklichkeit aber müssen wir an dem Programm der P.K.I. (der kommunistischen Partei) festhalten".

Aus den Veröffentlichungen der holländischen Presse geht hervor, daß es genügend führende Persönlichkeiten in Indonesien gibt, die im Sinne der kommunistischen Bestrebungen zu gebrauchen sind. Es sei nicht daran zu zweifeln, so wird erklärt, daß Soekarno selbst, der Präsident der Republik Indonesien, ebenso wie seinerzeit mit Japan, in Zukunft auch mit Moskau zusammengehen könnte. Auch der Vizepräsident Hatta, obwohl offiziell parteilos, ist als orthodoxer Marxist bekannt. Der sozialistische Ministerpräsident Sjahrir habe sicherlich nicht ganz zufällig den australischen Kommunisten Campbell zum Handelskommissar der Republik ernannt, und der Minister Gani habe in seinen Reden wiederholt die Sowjetunion als leuchtendes Beispiel hingestellt. Das "Marx-Haus" in Madjoen, ein Studien-Zentrum mit Internat, das unter der Schirmherrschaft des "linken Flügels" steht, werde als Ausbildungsstätte für kommunistische Jugendgruppen angesehen. Aus den Zöglingen dieses Instituts würden die bewaffneten roten Kampfkorps gebildet. Die P.K.I. bleibe völlig im Hintergrund, aber sie verstehe es, ihre besten Männer in wichtigen Schlüsselstellungen unterzubringen, z.B. in den Arbeiter- und ländlichen Fachzentralen.

#### Demokratische Grundsätze im NWDR

Der NWDR gab der Öffentlichkeit kürzlich durch einen Vortrag von Mr. Green die Zusicherung, die demokratischen Grundsätze zu vertreten. Eine solche Zusicherung sollte uns Vertrauen einflößen; denn es ist vermutlich keiner Partei mehr an einer Demokratisierung der Öffentlichkeit gelegen als gerade der SPD. Leider gelingt es uns nicht, dieses Vertrauen zu gewinnen. Schuld daran sind immer wiederkehrende einseitige Stellungnahmen des NWDR, die nicht dem Sinn der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Insbesondere die aus Berlin kommenden Kommentare scheinen es darauf anzulegen, in solcher Einseitigkeit wegweisend zu sein, wobei sie sich gerade die SPD als Zielscheibe auswählen. Hierzu einige Beispiele.

Am 10.7. brachte der NWDR unter dem Titel "Qualität und Quantität" einen Kommentar zu dem Beschluß des Koordinierungsausschusses, einen ungehinderten Nachrichtenaustausch zwischen allen vier Zonen statthaben zu lassen. Der Parteivorstand der SPD hatte die Ablehnung empfohlen, falls nicht die Propaganda der Ostzone durch Gewährung einer gleichen Papiermenge beantwortet werden könne. Gegen diese Haltung des SPD-Vorstandes nahm der Kommentator des Berliner NWDR Stellung. Er erklärte, daß es bei der Propaganda doch nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität ankomme. Für uns ist die erste aller Qualitäten die Wahrheit der Tatsachen. Wir wissen aber ebenso, daß es notwendig ist, die Wahrheit mitzuteilen und

zu verbreiten. Dazu braucht man natürlich Papier. Gerade die von der SED bevormundete Ostzone ist reich an Papier. Wenn sie fürchtet, daß uns ein gleiches Maß an Papier zugebilligt werde, warum teilt der NWDR diese Gründe der SED? Warum treibt er mit den Begriffen von Qualität und Quantität ein demagogisches und verschleiendes Wortspiel. Um der Demokratisierung zu dienen? -

Als zweites Beispiel bringen wir den Kommentar über die angebliche Nicht-Zulassung von Pressevertretern der Ostzone zum Nürnberger Parteitag. Der Berliner Kommentator des NWDR, Herr Haberfeld, griff deshalb den Parteivorstand der SPD, ohne die wahren Umstände mitzuteilen, in bissiger Weise an. Er verdrehte die Tatsachen und behauptete, der SPD-Vorstand habe die Pressevertreter der Ostzone nicht zum Parteitag zugelassen. Haberfeld sah den "Nürnberger Presseband" als einen Beweis dafür an, daß die Parteileitung der SPD noch nicht die Haltung gewonnen hat, mit der sie dem Ansehen Deutschlands, der deutschen Einheit und der Verbreitung demokratischer Gesinnung am besten dient.

Diese einseitige SED-Haltung würde dadurch noch verschärft, daß der gleiche Kommentator die gleichen Betrachtungen am gleichen Abend vor dem Ausschuß der Presse der sowjetischen Besatzungszone und des Berliner Rundfunks wiederholte. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn Angehörige des NWDR sich im Privatleben politisch betätigen, auch wenn es gegen uns ist. Aber wir können nicht dazu schweigen, wenn ein offizieller Kommentator des NWDR vor einem Pressenausschuß im Geiste einer bestimmten Partei eine andere bestimmte Partei diffamiert. Und wir können es noch weniger dulden, daß sich der NWDR in den Dienst solcher Männer stellt und zu ihrem Sprachrohr wird. Jede Verleumdung einer um die Ordnung und um das Leben des Volkes ringenden Partei kann sich bitter am Ganzen rächen. Jede Verhöhnung demokratischer Grundsätze bereitet Chaos und Nihilismus vor. Wann wird das die Rundfunkleitung einschen? Wann wird sie sich dazu entschließen, mit den wahrhaft demokratischen Parteien wirksam zusammenzuarbeiten?

(B111/297/1/Hs)

---

Verantwortlich: Peter B a u n a u